

**Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen  
HauFin/001/2015**

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 11.03.2015

**Sitzungsbeginn:** 15:00 Uhr

**Sitzungsende:** 16:50 Uhr

**Ort:** im Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 193, 3. OG Zimmer 314

**Anwesend sind:**

**Mitglieder**

Frau Friederike Dirks

Herr Benjamin Feiler

Herr Karl-Dieter Jelken

Herr Sven Schnau

Herr Wolfgang Sievers

Herr Reiner Zigan

stv. Vorsitzender

**Stellv. Mitglieder**

Herr Henning Kulbarsch

Herr Helmut Meyer

Herr Karl-Heinz Schröder

**von der Verwaltung**

Herr Jens Brooksiek

Herr Johann Burlager

Herr Peter Schoone

Herr Bürgermeister Friedrich Völler

**Entschuldigt fehlen:**

**Vorsitzende/r**

Herr Robert Ahlfs

**Mitglieder**

Herr Johannes Kleen

## **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 11.12.2014
- 4 Jahresabschluss 2012  
Vorlage: BV/045/2015
- 5 Beteiligung an EWE Netz GmbH  
Vorlage: BV/245/2014
- 6 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und für Umschuldungen  
Vorlage: IV/053/2015
- 7 Aktuelle Entwicklungen der städtischen Finanzen
- 7.1 Vierteljährlicher Bericht über die städtischen Finanzen  
Vorlage: IV/054/2015
- 7.2 Vierteljährlicher Bericht über die Entwicklung des Baubetriebshofes  
Vorlage: IV/051/2015
- 7.3 Bericht über die Entwicklung der LWTG  
Vorlage: IV/055/2015
- 8 Schriftliche Anträge, Anfragen und Anregungen
- 8.1 Antrag der Gruppe GfW vom 04.02.2015 bzgl. der Erstellung eines Aufgabenkatalogs zu den Haushaltsberatungen  
Vorlage: AN/034/2015
- 8.2 Antrag der Gruppe WB vom 04.02.2015 bzgl. der Erstellung eines Aufgabenkatalogs zu den Haushaltsberatungen  
Vorlage: AN/035/2015
- 8.3 Antrag der Gruppe GfW vom 19.01.2015 bzgl. Friedhofsgebühren  
Vorlage: AN/015/2015
- 8.4 Antrag der Stadtratsgruppe SPD vom 08.02.2015 bzgl. der Gleichstellung aller Wiesmoorer Friedhöfe  
Vorlage: AN/039/2015
- 9 Einwohnerfragestunde gem. § 17 i. V. m. § 23 der GO

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1 Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Stv. Ausschussvorsitzender Benjamin Feiler eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde in der vorgeschlagenen Form einstimmig festgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Ja: 9

### **TOP 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 11.12.2014**

Wolfgang Sievers weist darauf hin, dass in dem Protokoll der Sitzung vom 11.12.2014 unter TOP 5, Seite 5 mittig steht, „seine Partei lehnt daher die Erhöhung der Steuersätze ab“. Hier muss es heißen: „die Gruppe GfW lehnt daher die Erhöhung der Steuersätze ab“.

Weitere Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor und das Protokoll wird mit der vorher genannten Änderung einstimmig genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Ja: 9

### **TOP 4 Jahresabschluss 2012 Vorlage: BV/045/2015**

#### **Sachverhalt:**

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012 – geprüfte Fassung –, der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 und die dazu erarbeitete Stellungnahme wurden am 20.02.2015 verschickt.

Gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG beschließt der Rat über den Jahresabschluss, die Zuführung zu bzw. die Entnahme aus den Überschussrücklagen und die Entlastung des Bürgermeisters.

Jens Booksiek trägt den Sachverhalt aus der Beschlussvorlage vor. Ergänzend weist er darauf hin, dass der Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses nur durch die Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen ausgeglichen werden konnte. Es wurde jedoch ein um ca. 700.000 € geringere Entnahmebetrag gegenüber dem Planansatz erforderlich. Auch im außerordentlichen Ergebnis konnte gegenüber dem Planansatz eine Verbesserung von ca. 190.000 € erzielt werden. Somit ist der Jahresabschluss 2012 deutlich besser als in der der Planung ausgefallen.

Sodann verweist er auf den Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2011 des Landkreises Aurich. Dort werden unter Punkt 2.1.2 die ordnungsgemäße Buchführung sowie unter 2.2. Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschluss und des Anhangs bestätigt. Insbesondere weist er auf Seite 74 des Prüfungsberichtes hin, dass keine Bedenken bestehen, dem Bürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012 auszusprechen.

Wolfgang Sievers bemängelt, dass die erforderlichen Beschlüsse des Rates zu den Rücklagen nicht zeitgemäß erfolgt sind. Außerdem weist er darauf hin, dass das Prüfungsamt bemängelt, dass der Jahresabschluss 2011 nicht wie erforderlich im Amtsblatt des Landkreises Aurich bekanntgemacht worden ist. Die Gruppe GfW stimmt daher dem Abschluss 2012 so nicht zu.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vom 11.03.2015

Jens Brooksiek teilt daraufhin mit, dass es in der Vergangenheit so geregelt war, dass ortsüblich bekanntgemacht wird d.h. durch Aushang im Aushangkasten. Dieses wurde jedoch in der Hauptsatzung ab 2011 geändert, sodass eine öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt erfolgen muss. Dieses ist versehentlich unterblieben. Daher wurden die öffentlichen Bekanntmachungen nachgeholt und erfolgten im Amtsblatt vom 20.02.2015. Zukünftig wird diese Form der Bekanntmachung selbstverständlich beachtet.

Der stv. Vorsitzende lässt über den Jahresabschluss 2012 abstimmen. Gegen eine Gesamtabstimmung der Punkte a) – c) bestehen keine Bedenken.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung schlägt vor,

- a) den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012 zu beschließen,
- b) 1. das Defizit des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 757.408,28 € aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses der Vorjahre zu entnehmen.  
2. den Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 768.380,84 € in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.  
3. den Überschuss aus der Betriebsabrechnung für die zentrale Abwasserbeseitigung in Höhe von 333.994,51 € dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zuzuführen  
und
- c) die Entlastung des Bürgermeisters zu beschließen.

Der Gesamtüberschuss aus 2012 beträgt damit 768.380,84 €.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja: 7 Nein: 1 Enthaltung: 1

### **TOP 5 Beteiligung an EWE Netz GmbH Vorlage: BV/245/2014**

#### **Sachverhalt:**

Die EWE AG bietet der Stadt Wiesmoor eine mittelbare Beteiligung an EWE Netz an. Die Beteiligung läuft über die Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG (KNN).

EWE Netz bietet zugunsten der KNN eine Garantiedividende von 4,75 %. Von dort wird sicher nicht alles, aber das meiste an die Kommunen ausgeschüttet.

Die Mindestbeteiligung beträgt 10.045,44 €.

Die garantiert mögliche Anteilshöhe beträgt (Kommanditanteil I) 468.817,92 €.

Die maximale Anteilshöhe (vorläufiger Kommanditanteil II) beträgt 2.959.441,92 € und ist von der Gesamtnachfrage abhängig.

Die Beteiligungsmöglichkeit besteht solange, wie das Netz in Wiesmoor EWE Netz gehört. Sollte also ein Mitbewerber die Ausschreibung zur Konzessionsabgabe gewinnen, wäre die Beteiligung nach der endgültigen Netzabtrennung zurückzugeben. Dies kann aber noch einige Jahre dauern. Ansonsten läuft die Beteiligung mit der Garantiedividende bis 2028.

Die Verwaltung schlägt vor, dieses Angebot anzunehmen und hierfür einen endfälligen Kredit aufzunehmen. D. h., der Kredit wird während der Laufzeit nicht getilgt.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vom 11.03.2015

Die Stadt müsste sich ein außerordentliches Kündigungsrecht für den Fall, dass EWE Netz das Netz in Wiesmoor verkaufen muss, vorbehalten. Der Zinssatz für ein solches Darlehen liegt derzeit bei 1,6-2 %.

Wenn die Kreditsumme nicht sehr hoch ist, kommt außerdem ein wesentlich zinsgünstigeres KfW-Darlehen in Betracht, das allerdings regelmäßig getilgt werden muss.

Details zu den möglichen Einnahmen ergeben sich aus der Anlage.

Bei der Entscheidung muss bedacht werden, dass es bei dieser Beteiligung um ein wirtschaftliches Handeln geht, mit dem ein wirtschaftliches Risiko verbunden ist. Der Wert der Beteiligung könnte zurückgehen oder EWE Netz könnte insolvent werden. Dann wäre das aufgebrachte Kapital verloren.

Die Kommunalaufsicht hat signalisiert, dass die Beteiligung nicht an ihrer Genehmigung scheitern wird.

Die Beteiligung muss bis Ende April 2015 gezeichnet sein. Dies bedarf einer notariellen Beglaubigung. Deshalb sollte die Entscheidung rechtzeitig fallen. Die Beteiligungssumme muss dann im Mai bezahlt werden. Die Kredite müssen deshalb im Haushaltsplan für 2015 mit aufgenommen werden.

Neben der finanziellen Seite gibt es noch den Aspekt, dass die KNN einen weiteren Aufsichtsratssitz bei EWE Netz erhält, wenn sie mindestens 4 % an EWE Netz hält. Dies bedeutet eine erhöhte Einflussmöglichkeit bei EWE Netz für die Kommunen insgesamt.

Jens Brooksiek trägt den Sachverhalt aus der Beschlussvorlage vor. Außerdem weist er auf die Rechenbeispiele, die dem TOP 5 angefügt sind, hin. Bürgermeister Völler spricht sich für eine Beteiligung an EWE-Netz aus und bittet bezüglich der Höhe um ein Meinungsbild der Fraktionen. Die SPD spricht sich für eine Beteiligung von 50.000 € - 250.000 € aus. Die GfW sieht eine Beteiligung bis 100.000 € als ausreichend an und weist auf die Möglichkeit hin, dass im Jahre 2018 evtl. der Betrag noch angepasst werden kann. Das Wiesmoorer Bündnis spricht sich für eine Beteiligung von 200.000 € aus. Seitens der CDU wurde mitgeteilt, dass es in der Partei keinen Konsens weder über eine grundsätzliche Beteiligung noch welcher Höhe gibt. Rainer Zigan spricht sich für eine hohe Beteiligung aus, da es sich hier um eine Einnahme handelt, bei der der Bürger nicht belastet wird. Die GfW und auch die SPD sehen bei einer höheren Beteiligung aufgrund der Gesamtverschuldung die zukünftige Handlungsfähigkeit in Gefahr. Außerdem sprechen Sie sich auch für eine Neubetrachtung der Beteiligung im Jahr 2018 aus. Jens Brooksiek erläutert noch einmal kurz den Grund für die EWE-Ausschüttung. Des Weiteren weist er darauf hin, dass es bisher kein Rating für Kommunen im Zusammenhang mit Kreditaufnahmen gibt. Ebenso wäre das Darlehen in Höhe von 3.000.000 € endfällig und es würden in den laufenden Jahren keine Tilgungen für die Stadt entstehen. Bei einer Beteiligung mit 200.000 € sollte der Kredit mit einem Tilgungsplan abgeschlossen werden. Wolfgang Sievers bittet um Unterbrechung der Sitzung um 5 Minuten, um Rücksprache zu halten, ob die GfW die Beteiligung bis 200.000 € mittragen kann.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für eine 5-minütige Pause aus.

Beginn der Pause 15:52 Uhr

Fortsetzung der Sitzung 15:58 Uhr

Wolfgang Sievers teilt mit, dass die GfW sich auch für eine Beteiligung bis 200.000 € ausspricht.

Der stv. Vorsitzende lässt darüber beschließen, dass die Stadt sich mit 200.000 € an EWE-Netz beteiligt und dass der Kredit mit laufender Tilgung aufgenommen werden soll.

Der Beschluss hierzu erfolgt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Es wird noch ein Erweiterungsbeschluss gefasst, dass das Darlehen einem defizitären BgA, z.B. einem Kindergarten, angehängt wird, da hierdurch Steuern gespart werden können.

Der Beschluss hierzu erfolgt einstimmig.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**TOP 6      Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und für Umschuldungen**  
**Vorlage: IV/053/2015**

**Sachverhalt:**

Folgendes Darlehen, das für die Neuverschuldung 2014 aufgenommen wurde, ist bekannt zu geben:

210.000,00 € wurden für eine Laufzeit bis zum 30.10.2016 bei der Raiffeisen-Volksbank eG aufgenommen. Der Zinssatz beträgt 0,664 %. Weitere Anfragen wurden an die OLB, die Bremer Landesbank und die Sparkasse Aurich-Norden gestellt.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**TOP 7      Aktuelle Entwicklungen der städtischen Finanzen**

**TOP 7.1    Vierteljährlicher Bericht über die städtischen Finanzen**  
**Vorlage: IV/054/2015**

**Sachverhalt:**

Der Bericht über die städtischen Finanzen ist als Anlage beigefügt.

Jens Brooksiek trägt den Finanzbericht mit Stand 04.03.2015 vor. Dieser ist unter dem Tagesordnungspunkt 7.1 den Sitzungsunterlagen als Anlage beigefügt.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**TOP 7.2    Vierteljährlicher Bericht über die Entwicklung des Baubetriebshofes**  
**Vorlage: IV/051/2015**

**Sachverhalt:**

Zurzeit liegt eine betriebswirtschaftliche Auswertung für den Monat Dezember 2014 vor.

Die aktuellen Zahlen des Jahres 2014 belegen Folgendes:

Die Summe der Umsatzerlöse aus 2014 betragen 1.703.195,30 €. Geplant waren laut Wirtschaftsplan 2014 Umsätze in Höhe von 1.704.000,00 €. Demnach konnte der ursprünglich geplante Umsatz nahezu erreicht werden.

Wesentliche Veränderungen gab es beim Materialaufwand als auch bei den Betriebskosten. Während die Materialkosten um ca. 60.000,00 € gegenüber dem Wirtschaftsplan reduziert werden konnten, waren die Betriebskosten um diesen Betrag angestiegen. Diese Mehrkosten waren u. a. angefallen in den Bereichen Personalkosten (ca. 25.000,00 €), Fahrzeuge und Geräte (ca. 9.000,00 €), Abschreibungen (ca. 5.000,00 €) sowie Werkzeuge, Betriebsbedarf und Instandhaltungen (ca. 21.000,00 €).

Als Gesamtergebnis wird nach Abzug aller Kosten ein Jahresgewinn für 2014 in Höhe von 3.266,39 € erwartet.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vom 11.03.2015

Für das Haushaltsjahr 2015 wurde aufgrund dieses Ergebnisses der zu erwartende Umsatzerlös im Wirtschaftsplan auf insgesamt 1.686.600,00 € reduziert.

	<b>Wirtschaftsplan 2014</b>	<b>betriebswirtschaftliche Auswertung 2014</b>	<b>Wirtschaftsplan 2015</b>
Umsatzerlöse	1.704.000,00	1.703.195,30	1.686.600,00
Materialaufwand	-150.000,00	-90.355,19	-93.000,00
Rohergebnis	1.554.000,00	1.612.840,11	1.593.600,00
Betriebskosten	-1.482.700,00	-1.535.899,91	-1.517.300,00
Abschreibungskosten	-61.000,00	-67.453,64	-65.000,00
Finanzierungskosten	-7.600,00	-6.220,17	-9.300,00
Gesamtergebnis	2.700,00	3.266,39	2.000,00

Der zu erwartende Jahresüberschuss für 2014 wird auf die Rechnung des neuen Wirtschaftsjahres vorgetragen, um den verbleibenden Verlustvortrag der vergangenen Jahre zu decken.

Johann Burlager trägt den Sachverhalt der Informationsvorlage vor. Diese wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

### **TOP 7.3 Bericht über die Entwicklung der LWTG** **Vorlage: IV/055/2015**

#### **Sachverhalt:**

Der Bericht über die Entwicklung der LWTG ist als Anlage beigelegt.

Zu seinem Bericht verteilt Geschäftsführer Dirk Gerlach den Wirtschaftsplan 2014 / 2015, den Stellenplan der LWTG, die Zusammenstellung der Umsätze 2011 – 2015 sowie die Betriebsabrechnungsbögen für die Gastronomie und für den Solarpark.

Im Zusammenhang mit der Gastronomie weist er darauf hin, dass für das Jahr 2015 eine Entnahme aus der Kapitalrücklage um 50% geringer als im Vorjahr geplant ist.

Der Vortrag wird zur Kenntnis genommen.

#### **Anlagenverzeichnis:**

Bericht über die Entwicklung der LWTG

### **Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

### **TOP 8 Schriftliche Anträge, Anfragen und Anregungen**

#### **TOP 8.1 Antrag der Gruppe GfW vom 04.02.2015 bzgl. der Erstellung eines Aufgabenkatalogs zu den Haushaltsberatungen** **Vorlage: AN/034/2015**

#### **Antragstext:**

Die GfW beantragt mit Antrag vom 04.02.2015, zu den Haushaltsberatungen 2015 eine Liste über die freiwilligen Leistungen und die Pflichtleistungen vorzulegen.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vom 11.03.2015

Eine entsprechende Liste ist an alle Ratsmitglieder verschickt worden.

Der stv. Ausschussvorsitzende verliest den Antrag der Gruppe GfW. Der Antrag wird auf der nächsten Sitzung am 25.03.2015 behandelt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zurückgestellt

### **TOP 8.2 Antrag der Gruppe WB vom 04.02.2015 bzgl. der Erstellung eines Aufgabenkatalogs zu den Haushaltsberatungen** **Vorlage: AN/035/2015**

#### **Antragstext:**

Die WB beantragt mit Antrag vom 04.02.2015, zu den Haushaltsberatungen 2015 eine Liste über die freiwilligen Leistungen und die Pflichtleistungen vorzulegen.

Eine entsprechende Liste ist an alle Ratsmitglieder verschickt worden.

Der Antrag wird ebenfalls auf der Sitzung am 25.03.2015 behandelt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zurückgestellt

### **TOP 8.3 Antrag der Gruppe GfW vom 19.01.2015 bzgl. Friedhofsgebühren** **Vorlage: AN/015/2015**

#### **Antragstext:**

Die GfW beantragt mit Schreiben vom 19.01.2015, über die Friedhofsgebühren zu beraten. Sie hat dazu einen Gebührenvorschlag erarbeitet, der beigefügt ist.

Die Verwaltung hat sich mit dem Vorschlag beschäftigt. Der Vorschlag der GfW berücksichtigt nicht, dass mit jeder Verleihung von Nutzungsrechten die Friedhofsunterhaltungsgebühren für die Dauer der Nutzungszeit abgelöst werden. Die Verleihung der Nutzungsrechte teilt sich daher in eine Friedhofsunterhaltungsgebühr und eine Lagernutzungsgebühr auf. Unterstellt man, dass dieser Gebührenanteil nicht gesenkt werden soll und unterstellt man gleichzeitig, dass die von der GfW vorgeschlagene Friedhofsunterhaltungsgebühr in Höhe von 9,00 € monatlich für alle Fälle gelten soll, müssen die Werte noch verändert werden. Die Verwaltung hat deshalb die Liste entsprechend angepasst und als Anlage beigefügt.

Nach einer kurzen Aussprache wird der Antrag auf Wunsch der CDU auf die nächste Sitzung am 25.03.2015 vertagt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung schlägt vor, die Änderungen zu beschließen.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, diesen Punkt in die Fraktionen und den Arbeitskreis für Haushalt und Finanzen zu überweisen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zurückgestellt



**TOP 8.4     Antrag der Stadtratsgruppe SPD vom 08.02.2015 bzgl. der Gleichstellung aller Wiesmoorer Friedhöfe**  
**Vorlage: AN/039/2015**

**Antragstext:**

Die Stadtratsgruppe SPD hat die Gleichstellung aller Wiesmoorer Friedhöfe beantragt.

Die Verwaltung hat dazu eine Übersicht erarbeitet, wie die stadt eigenen Friedhöfe bisher ausgestattet sind. Außerdem ist ein Zeitplan für die Urnengrabanlagen beigefügt. Daraus geht u. a. hervor, dass die Nachfrage bisher in den einzelnen Ortsteilen sehr unterschiedlich und für einige Friedhöfe schlicht nicht vorhanden ist.

Der stv. Vorsitzende verliest den Antrag. Rainer Zigan weist darauf hin, dass in der Aufstellung in der Verwaltung der Friedhof Mullberg fehlt. Die Verwaltung teilt mit, dass dieses bereits nachgeholt und die neue Anlage per Email versandt worden ist. Des Weiteren werden von Jens Brooksiek die weiteren Grabarten erläutert. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass bisher nur in Hinrichsfehn ein anonymes Gräberfeld vorhanden ist und dass dieses aus seiner Sicht auch ausreichend sein müsste, da es sich ohnehin um ein anonymes Gräberfeld handelt und dieses nicht auf jedem Friedhof vorhanden sein muss.

Der Antrag wird einstimmig auf die nächste Sitzung am 25.03.2015 verschoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zurückgestellt

Ja: 9

**TOP 9     Einwohnerfragestunde gem. § 17 i. V. m. § 23 der GO**

Horst-Richard Schlösser erkundigt sich nach dem Antrag der Künstlervereinigung Nordbrücke e.V.. Jens Brooksiek teilt mit, dass der Antrag für die nächste Sitzung am 25.03.2015 vorgesehen ist.